

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Danny Freymark (CDU)**

vom 04. Mai 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Mai 2020)

zum Thema:

Verschwörungstheorien und -ideologien in Berlin

und **Antwort** vom 26. Mai 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Mai 2020)

Herrn Abgeordneten Danny Freymark (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23359
vom 04. Mai 2020
über Verschwörungstheorien und –ideologien in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Eine allgemeingültige Definition und Bewertung von Verschwörungstheorien und Verschwörungsideologien existiert nicht. Vielmehr beschäftigen sich eine Vielzahl von Politik-, Sozial- und Medienwissenschaftlern aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit Verschwörungstheorien, ihren Erscheinungsformen und auch ihren Anhängerinnen und Anhängern. Dem reinen Wortsinn nach handelt es sich bei Verschwörungstheorien um Annahmen oder Modelle („Theorie“), die das bewusst verborgene Agieren mehrerer Akteure („Verschwörung“) zum Inhalt haben.

Von der politikwissenschaftlichen Forschung werden vor allem drei Gründe für die andauernde Faszination von Verschwörungstheorien benannt:

1. Verschwörungstheorien reduzieren Komplexität und helfen dabei das Weltgeschehen verstehen und erklären zu können.
2. Verschwörungstheorien ermöglichen so ein einfaches „Schwarz-Weiß-Denken“ und die vermeintlich klare Einteilung in „Freunde“ und „Feinde“.
3. Verschwörungstheorien schaffen und verstärken Gruppenidentitäten. Verschwörungstheorien existieren seit Jahrhunderten. Explosionsartig beschleunigt wurden Produktion, Verbreitung und Rezeption solcher Theorien durch das Internet. Eine quantitative und qualitative Erfassung sämtlicher veröffentlichten Verschwörungsinhalte ist schlicht unmöglich und auch nicht Aufgabe des Senats. Dies trifft auch auf die Produzenten und Rezipienten verschwörungstheoretischer Inhalte zu, so dass die Quantifizierung einer „Verschwörungsszene in Berlin“ nicht möglich ist. Ausgenommen davon sind Verschwörungstheorien mit verfassungsfeindlichen Inhalten. Dazu zählen insbesondere antisemitische Verschwörungstheorien (z. B. Behauptungen einer „jüdischen Weltverschwörung“), muslimenfeindliche Verschwörungstheorien (z. B. „Der große Austausch“) und von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ verbreitete Theorien über die „Nichtexistenz der Bundesrepublik Deutschland“. Deren Beobachtung erfolgt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages des Berliner Verfassungsschutzes. Eine automatisierte Recherche nach Veranstaltungen im Kontext mit Verschwörungstheorien ist der

Polizei Berlin nicht möglich, da für den Begriff „Verschwörungsszene“ keine Legaldefinition vorhanden ist, nach der Versammlungen subsummiert werden. Für die Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien und -ideologien existiert keine allgemeingültige Handlungsanweisung. So unterschiedlich die Motive derjenigen sind, die an Verschwörungstheorien glauben, so unterschiedlich sind mögliche Interventions- und Präventionsangebote. Neben Maßnahmen der Bildung (insbesondere der Medienpädagogik) und Aufklärung kommen auch soziale, medizinische und strafrechtliche Maßnahmen in Betracht.

1. Welche Verschwörungstheorien und -ideologien sind dem Berliner Senat bekannt, woher stammen diese und wie bewertet er die jeweiligen Gefahren, die daraus resultieren (mit der Bitte um Auflistung der dokumentierten Themen aus der Verschwörungsszene)?
2. Welcher Reiz geht von Verschwörungstheorien und -ideologien aus und wie überwacht der Berliner Senat die Entwicklung in diesem Bereich?
3. Wie stark schätzt der Senat die Verschwörungsszene in Berlin ein und wie wird die Entwicklung der Anhängerschaft bewertet?
4. Welche Veranstaltungen sind dem Berliner Senat bekannt, die im Kontext der Verschwörungsszene in den letzten drei Jahren in Berlin stattgefunden haben (mit der Bitte um Auflistung nach Veranstalter, Ort und Datum sowie Anzahl der Teilnehmer)?
5. Welche Maßnahmen ergreift der Berliner Senat, um gegen die Anhänger von Verschwörungstheorien und -ideologien vorzugehen?

Zu 1. bis 5.:

Siehe Vorbemerkung.

6. Offensichtlich dient insbesondere das Internet der Verbreitung und Vernetzung von Verschwörungstheorien und -ideologien. Was unternimmt der Senat zur Unterbindung von „Fake News“?

Zu 6.:

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin und die jeweiligen Pressestellen der Senatsverwaltungen haben den Auftrag, die Bevölkerung umfassend und transparent über das Regierungshandeln zu informieren, den Medien als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und Auskünfte zum jeweiligen Sachverhalt weiterzugeben. Das Amt und die Pressestellen stellen eine verlässliche und seriöse Quelle für Informationen über das Regierungshandeln in Berlin dar. Diese Pressearbeit wird von den Berlinerinnen und Berlinern genutzt, um sich über die Politik im Land Berlin zu informieren. Über verschiedene Kanäle werden die Informationen aus dem Presseamt und den Pressestellen der Senatsverwaltungen verbreitet. Dies geschieht über Pressemitteilungen, über das Landesportal im Internet (Berlin.de), über Social-Media-Kanäle, über Pressekonferenzen und Veranstaltungen. In Bezug auf die Corona-Krise agieren die Pressestellen und das Presseamt proaktiv, um der Verbreitung von Fake News entgegenzuwirken und Fakten für Bürgerinnen, Bürger, Journalistinnen, Journalisten und Interessierte transparent, schnell abrufbar und verständlich zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Corona-Pandemie ist entsprechend proaktiv die zentrale Webseite berlin.de/corona mit einer umfangreichen FAQ-Liste und weiteren Fakten rund um die Verordnungen und sonstigen Entwicklungen der Corona-Pandemie in Berlin eingerichtet worden. Auf diese wird bei neuer Faktenlage oder einer nötigen Richtigstellung von

Falschinformationen regelmäßig verwiesen. Auf dieser zentralen Seite finden sich auch Links zu weiteren seriösen Quellen, zum Beispiel zum Robert-Koch-Institut, der Charité und vielen anderen Einrichtungen auf Landes- oder Bundesebene.

In der Annahme, dass gerade im Zuge der Corona-Pandemie Falschmeldungen auftreten könnten, ist die Seite berlin.de/corona zudem auf den Social-Media-Kanälen der Senatskanzlei und der Senatsverwaltungen mit dem Zusatz „Fakten statt Fake News“ in einem Sharepic kommuniziert worden.

Sollte sich eine Falschmeldung über Medien verbreiten, wird auf diese durch die Pressestellen aktiv hingewiesen und diese mit Verweis auf entsprechende Quellen (s.o.) korrigiert (Bsp.: Veröffentlichung eines eigenen Social-Media-Beitrags mit der Kennzeichnung eines Fake-News-Beitrages und Richtigstellung der falschen Behauptungen mit Verweis auf die Faktenlage) oder um eine Korrektur gebeten (Bsp.: Bitte um Richtigstellung einer Agenturmeldung über direkten Kontakt mit der Agentur).

7. Sieht der Berliner Senat Tendenzen zur Radikalisierung in der Verschwörungsszene und wenn ja, was unternimmt er dagegen?
8. Welche Form der Überwachung von Initiatoren und Anhängern von Verschwörungstheorien und -ideologien findet in Berlin statt?
9. Wie bewertet der Berliner Senat die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und dem Bund, um Verschwörungstheorien und -ideologien zu enttarnen und den betroffenen Menschen zu helfen?

Zu 7. bis 9.:

Siehe Vorbemerkung.

10. Welche Möglichkeiten der Unterstützung und Beratung gibt es für potenzielle Aussteiger, die sich von den Gruppen der Verschwörungsszene zu lösen bereit sind (mit der Bitte um Darstellung der Ansprechpartner mit Kontaktdaten)?

Zu 10.:

Die in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ansässige Informations- und Beratungsstelle SektenInfo Berlin bietet Aussteiger*innen aus konflikträchtigen Gruppen, Betroffenen oder auch Angehörigen Unterstützung und Beratung an. Dabei kooperiert sie bei Bedarf mit anderen Institutionen des Berliner Hilfesystems und stellt notwendige Kontakte her u.a. auch zu einer moderierten Selbsthilfegruppe für Aussteiger*innen und Betroffene sogenannter Sekten.

SektenInfo Berlin
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin
Telefon 90227-5574
E-Mail: sekteninfoberlin@senbjf.berlin.de
www.berlin.de/sen/bjf/go/sektenfragen

11. Welche Möglichkeiten gibt es für Angehörige von Menschen mit dem Glauben an Verschwörungstheorien und -ideologien, Hilfe in Anspruch zu nehmen (mit der Bitte um Darstellung der Ansprechpartner mit Kontaktdaten)?

Zu 11.:

Auch Angehörige können sich an die SektenInfo Berlin wenden. Per Mail, telefonisch oder auch in einer persönlichen Beratung können Angehörige Entlastung und Hilfe finden. Gemeinsam können hier situationsangemessene weitere Schritte geplant werden.

12. Wie unterstützt der Senat einschlägige Institutionen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Verschwörungstheorien und -ideologien aufzuklären und Betroffenen zu helfen (mit der Bitte um detaillierte Aufstellung der Förderungen in den letzten drei Jahren)?

Zu 12.:

Eine direkte Förderung einschlägiger Institutionen zu diesem Thema durch den Senat erfolgt nicht. Auf das Angebot der SektenInfo Berlin wird verwiesen.

Berlin, den 26. Mai 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport